

Der Arbeit wieder Würde geben

Einleitung zum Heftschwerpunkt

Von Björn Böhning und Kai Burmeister

Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD auf eine Neugestaltung des Niedriglohnssektors verständigt. Während die CDU die Einführung eines Kombilohnes präferiert, verläuft in der SPD eine kontroverse Diskussion um Sinn und Ausgestaltung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze. In diesem Herbst wird Arbeitsminister Müntefering Vorschläge für Modelle von Kombi- und Mindestlöhnen unterbreiten, die beide drastische Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben werden.

Im Zuge dieser Diskussion gilt es für die sozialdemokratische Linke, einen klaren Standpunkt einzunehmen. Die gesellschaftspolitische Grundüberlegung in dieser Debatte ist, dass Erwerbsarbeit sowohl für die Einkommensposition als auch für die gesellschaftliche Stellung des Einzelnen zentral ist und auch künftig sein wird. Der Verkauf der Arbeitskraft geschieht innerhalb des kapitalistischen Verwertungsprozesses, doch geht es bei der Mindestlohn-Debatte auch um die Auseinandersetzung um die Grade von Freiheit versus Repressivität. Der Kampf um die demokratische Ausgestaltung des Arbeitsprozesses ist für die Linke insgesamt von zentraler strategischer Bedeutung. Historisch wurden auf diesem Feld große Erfolge errungen, die die konkreten Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen verbessern konnten. Die Rückschritte der jüngsten Zeit durch Hartz IV, Minijobs sowie durch Angriffe auf kollektivvertragliche Standards sind vielfach analysiert worden und bestimmten die Diskussion der Linken in den letzten Jahren. Vielfach wurden diese Diskussionen auch in spw abgebildet (vgl. u.a. Schwerpunktheft Gewerkschaften und Beruf & Familie) und es wurde der Versuch unternommen, mit eigenen Akzenten wirkungsmächtig zu werden.

Die Kernaussage der Debatte in spw kann dahingehend zusammengefasst werden, dass sich die Möglichkeiten, menschenwürdig zu leben und zu arbeiten im Kampf- und Konfliktfeld der Ökonomie entscheiden. Armut trotz Arbeit ist einer hoch produktiven und reichen Volkswirtschaft unwürdig. Der Arbeit eine Würde geben ist nicht mit einer protestantischen Ethik der Arbeit, bei gleichzeitiger Herabsetzung von nicht erwerbstätigen Menschen, gleichzusetzen,

sondern ein Ansatz zur Verbesserung der Lebensrealität für Millionen von Menschen. Es geht eben nicht um idealistische Schönwetterdebatten à la bedingungsloses Grundeinkommen, die von der eigentlich wichtigen Auseinandersetzung um „gute Arbeit“ ablenken. Dieser spw-Schwerpunkt soll dazu beitragen, die Grundlagen für die anstehende Diskussion und Entscheidung um Kombi- und Mindestlohn auf eine fundierte Grundlage zu stellen.

Niedriglohn in Deutschland

Mittlerweile besteht kein Zweifel mehr über die Existenz eines Niedriglohnssektors in Deutschland. Die Gruppe der „Working Poor“ ist nicht mehr nur Gegenstand von Reportagen über die Vereinigten Staaten, sondern bittere Wahrheit des hiesigen Arbeitsmarktes. Es bestehen unterschiedliche Einschätzungen über das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung. So schätzt das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI), dass in den alten Bundesländern ca. ein Drittel der Vollzeitbeschäftigten, dies sind über sechs Millionen Arbeitnehmer, Niedriglöhne erzielen. Das Institut für Arbeit und Technik (IAT) gibt an, dass rund 21 Prozent aller abhängig Beschäftigten zu Niedriglohnbedingungen arbeiten. Auch wenn sich Studien über das Ausmaß von Niedriglöhnen im Detail unterscheiden, so wird doch allgemein festgestellt, dass nicht existenzsichernde Löhne mittlerweile millionenfache Realität sind. Details und Strukturmerkmale des Niedriglohnssektors beschreibt Thorsten Schulten (WSI) in seinem Beitrag.

Kombilöhne und gesetzliche Lohnuntergrenzen

Kombilohnmodelle sind nicht nur lange kontrovers diskutiert, sondern in Deutschland schon häufig lokal erprobt worden. Erinnerung sei an die Modellversuche in Mainz, Hamburg oder das Einstiegsgeld in Baden-Württemberg. Die beschäftigungspolitischen Wirkungen waren allesamt enttäuschend, die Nebenwirkungen hingegen oftmals nachteilig. Derzeit versuchen zwei Magdeburger Professoren mit kühnen Rechnungen 1,8 Millionen zusätzliche Beschäftigte durch ein Kombilohnmodell her-

beizuzaubern. Bei einer bundesweiten Einführung eines Kombilohnes wären Mitnahme- und Substitutionseffekte im hohen Maße zu erwarten. Die Kosten sind hoch, vor allem aber haben die regionalen Modellversuche die beschäftigungspolitische Wirkungslosigkeit unterstrichen. Dies erstaunt kaum, vermuten doch die Protagonisten des Kombilohnes die Ursache der Arbeitslosigkeit vor allem in zu hohen Arbeitskosten für die Unternehmen. Der Zusammenhang zwischen Gütermärkten und Beschäftigungsstand wird an dieser Stelle nur allzu gern übersehen. Die intellektuelle Krise des ökonomischen Denkens in Deutschland wird hier auf den Punkt gebracht.

Natürlich braucht es neben einer auf Beschäftigung ausgerichteten Politik auch arbeitsmarktpolitische Ansätze, die einerseits so genannte Problemgruppen in den Blick nehmen, andererseits auch den Rahmen für Arbeit mit Würde bereitstellen. Hier verdient das Instrument gesetzlicher Mindestlöhne verstärkte Aufmerksamkeit. Die Erfahrungen anderer Länder zeigen, dass mit einer gesetzlichen Lohnuntergrenze Einkommensarmut von Erwerbstätigen nicht per se verhindert werden kann. Ob mit Mindestlöhnen auch existenzsichernde Löhne erreicht werden können, hängt nach einer Einführungsphase vor allem von geeigneten Mechanismen zu deren Anhebung ab. Gesetzlich normierte Indexierungen können hier hilfreich sein, vor allem aber zeigen die Erfahrungen anderer Länder, dass es auf die gesellschaftliche Thematisierung ankommt. In diesem Sinne ist die laufende Debatte in Deutschland schon als erster Erfolg der öffentlichen Auseinandersetzung zu verbuchen.

Generationenerfahrung Prekarität

In den letzten Monaten mehrten sich populäre Artikel und Reportagen, die von hochqualifizierten Hochschulabsolventen im un- bzw. schlechtbezahlten Dauerpraktikum berichtet haben. Das Label „Generation Praktikum“ wurde schnell gefunden und mittlerweile oft zitiert. Wahrscheinlich gab es unbezahlte Praktika und Probleme beim Berufseinstieg auch schon vor Jahren, doch kalkulieren heute viele Unternehmen eben mit willigen Studenten bzw. Absolventen, die auf einen Berufseinstieg hoffen. Gerade in modernen Branchen wird die Prekarität noch mit einer Unternehmenskultur des „alle in einem Boot“ garniert. Im Endeffekt bleibt ein fester Job in weiter Ferne und

Prekarität wird zur Generationenerfahrung. Dieses Phänomen führt Anja Willmann in ihrem Artikel aus.

Wenn das Wort Generationenerfahrung hier verwendet wird, soll dies auch im angemessenen Rahmen geschehen. Denn nicht nur Hochschulabsolventen erfahren den prekären Wandel des Arbeitsmarktes, sondern insbesondere auch Auszubildende sind von der Schließung des Ausbildungsmarktes und geringeren Chancen auf einen Berufseinstieg betroffen. Der aktuelle Berufsbildungsbericht belegt deutlich die Krise des dualen Berufsbildungssystems. Cordula Drautz und Björn Böhning zeichnen die Krise des Systems nach und plädieren für eine grundlegende Reform der Berufsbildung, die nicht die Interessen der Unternehmen nach billigen Arbeitskräften, sondern die Zukunftschancen junger Menschen im Sinn trägt. Gerade die Situation in Frankreich zeigt, welch sozialer Sprengstoff in einer Gesellschaft angesiedelt ist, die sozialen Aufstieg nicht mehr für alle jungen Menschen ermöglicht. Die Jusos werden in den nächsten Monaten den Dialog über die Zukunft der Berufsausbildung mit Gewerkschaften und in der SPD suchen.

Produktive Arbeit schaffen

Ein weiterer Aspekt in den Überlegungen um Niedriglöhne zeigt eine Untersuchung von Alfred Kleinknecht (Universität Delft) auf, die nicht auf sozialpolitischem Terrain Zweifel an einer neoklassisch ausgerichteten Neugestaltung des Arbeitsmarktes vorgibt, sondern auf zentrale wirtschaftspolitische Defizite einer solchen Strategie hinweist. Zwar sei es in den beiden in der Studie untersuchten Ländern - den USA und den Niederlanden - zu einem Beschäftigungsaufbau gekommen, jedoch sei dies eben auf Kosten ausbleibender Innovationen und durch eine gesenkte Arbeitsproduktivität erkaufte worden. Scheinbar kritische Geister könnten einwenden, dass doch gerade ein geringer Produktivitätszuwachs vor Beschäftigungsabbau schützen könne. Hier wird allerdings übersehen, dass gerade veraltete Unternehmen und Branchen vom Untergang bedroht sind. Dieses Szenario lässt sich auch auf die Gesamtwirtschaft übertragen und eröffnet für Arbeitnehmer keinen Ausweg aus Kostendruck und Angst vor sozialem Abstieg. Ein hire & fire Arbeitsmarkt mag zwar zunächst Kostenvorteile für Unternehmen bringen, doch schon in der mittleren Frist erlahmen Erneuerungs- und Modernisierungsprozesse. Die Wirtschaft wird krisenanfälliger. Der Arbeit wieder Würde geben heißt in diesem Sinne dann auch produktive Arbeit zu fördern und entsprechende Wertschöpfungsketten aufzubauen. Diese wirtschaftspolitische Überlegung sollte stärker durch die politische Linke einbezogen werden. Nur vorwärtsgerichtet ergeben sich Verteilungs-

Foto: Christian Kiel (Berlin)



spielräume, die für eine höhere Entlohnung, insgesamt kürzere Arbeitszeiten und gute Arbeitsbedingungen genutzt werden können.

Politische Perspektiven

Aufgabe der Linken, sowohl in der Partei als auch in der Gesellschaft, ist die Formulierung und politische Thematisierung von konkreten Alternativen für würdige Arbeit. Unterschiedlich weit reichende Denkanstöße für politische Perspektiven finden sich in den Artikeln dieses Schwerpunktes. Der im Mai anstehende DGB-Bundeskongress steht vor der Aufgabe durchzudefinieren, wie genau die gewerkschaftlichen Konzepte für Arbeit mit Würde ausgestaltet sein sollen. Einen Einblick hierzu liefert das Interview mit dem DGB-Chef Michael Sommer. Der politische und gewerkschaftliche Umgang mit angedrohten und tatsächlichen Standortverlagerungen ist das Thema des Artikels von Thorben Albrecht und Felix Wolf. Stichworte in diesem Zusammenhang sind die Reregulierung der Finanzmärkte als auch gewerkschaftliche Ansätze wie „besser statt billiger“.

Die beiden IG-Metaller Klaus Pickshaus und Frederic Speidel plädieren dafür, die laufende Diskussion um marktzentrierte Steuerungsmodelle und um Prekarisierungstendenzen in die Tradition der arbeitspolitischen Humanisierungsdiskussion zu stellen. Ansatzpunkte ergeben sich hier rund um eine altersgerechte und gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung. Gewerkschaftlich muss auch die Frage der Organisation der prekär Beschäftigten gestellt werden. Die beiden Autoren stellen in diesem Kontext fest, dass Gewerkschaften hier kaum über entwickelte Konzepte verfügen. Ein Blick über den Atlantik kann dabei weiter helfen. Frank Schröder (FES New York) gibt einen Überblick über Living Wage Kampagnen sowie über die Auseinandersetzung mit dem Supermarktriesen Wal Mart in den USA. Die Erfahrungen mit diesen Kampagnen könnten für die hiesige Debatte nützliche Hinweise liefern.

Der Themenschwerpunkt „Arbeit mit Würde“ wird mit Besprechungen der beiden Bücher „Arbeitspolitik kontrovers“ und „Mindestlöhne in Europa“ abgerundet.